



Rede zu TOP 10 der Ratssitzung vom 15. März 2018

HSP-Maßnahme M 125 Strategische Ressourcenoptimierung

Hier: Rathausanbau am Standort Cronenberger Straße

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,
Sehr geehrte Gäste,

„Mensch, Solingen digitalisiert sich!“ – so haben Sie, Herr Oberbürgermeister, das Symposium überschrieben, für das Sie kürzlich eingeladen haben.

Die digitale Revolution hat uns alle fest im Griff. Sie durchdringt praktisch alle Lebensbereiche. Alexa ist keine Kurzform mehr für den Vornamen Alexandra – es ist ein williger Befehlsempfänger, der sprechen kann und seit neuestem sogar unvermittelt lacht. Naja, wie oft wünschten wir uns Familienmitglieder, die mit einem Lächeln aufstehen.

Spaß beiseite – die Digitalisierung hat schon lange Einzug in die Arbeitswelt gehalten. Nicht nur über Computer, Email, Internet. Digitalisierung formt auch Arbeitsinhalte und Arbeitsplätze. Wohin wir auch schauen, überall wird von Co-Working-Spaces und Homeworking gesprochen. Das eigene Büro als Hort individueller Arbeitswelten in festgefügt Strukturen scheint ausgedient zu haben.

Diese Entwicklung macht auch vor Solingen nicht Halt. In einem zunächst paradox scheinenden Vorhaben werden wir heute darüber abstimmen, ob die Verwaltung in die konkretere Planung für einen Rathausanbau eintreten soll. Die Schaffung von mehr Arbeitsraum um Einsparungen zu generieren, die wir im Haushaltssicherungskonzept 2015 bereits beschlossen haben. Und gleichzeitig die Abkehr vom Prinzip: ein Mensch – ein Arbeitsplatz, also die Reduktion von Arbeitsraum. Ein Widerspruch in sich??

Wir Grüne haben lange und intensiv darüber diskutiert, haben die Verwaltung und Sie, Herr Oberbürgermeister, mit vielen, möglicherweise auch voreiligen Fragen gequält. Denn immerhin geht es hier um 8,9 Mio. Euro Investitionssumme. Sehr viel Geld für eine Stadt, die eigentlich keinen Cent mehr übrig hat.

Und diese Investition ist beileibe nicht die einzige, die die Stadt jetzt und in naher Zukunft tätigen wird: notwendige Großinvestitionen im Schulbereich, der Neubau von Hallenbad, städtischer Kita und Feuerwehrräumen sind bereits etatisiert, andere, wie das Schulzentrum Vogelsang stehen an, sind aber noch nicht beziffert. Angesichts der damit verbundenen Investitionsvolumina könnte einem schwindelig werden. Ein Rathausanbau mit neuem Sitzungssaal muss daher sehr genau überlegt werden. Ich glaube aber, dass es gute Gründe

gibt, den bisherigen Saal 102 im Rathaus zu ersetzen. Er ist einfach zu klein, um etwa Bezirksvertretungssitzungen unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern durchführen zu können. Und das ist es doch, was wir alle wollen: öffentliche politische Diskussionen in den Gremien, die von jedem und jeder auch persönlich verfolgt werden können, der oder die das möchte.

Mit der Realisierung des Rathausanbaus plant die Verwaltung die Aufgabe bisher angemieteter Flächen, den Verkauf von städtischen Verwaltungsgebäuden und die Schaffung von 130 neuen Arbeitsplätzen für 180 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Rathausplatz.

Das ist einerseits Digitalisierung, weil davon ausgegangen wird, dass durch entsprechen Arbeitsplatz- und Arbeitszeitstrukturen mindestens ein Drittel der Angestellten nicht im Rathaus arbeitet. Andererseits ist dies aber auch eine Herausforderung – menschlich, verkehrlich und organisatorisch:

Menschlich, weil wir bisherige Teamstrukturen, Arbeitsabläufe, persönliche Verfügbarkeiten neu denken müssen. Deswegen fordern wir in unserem Begleitbeschluss zur Vorlage der Verwaltung, Strukturen zu schaffen, die die sehr gute Zusammenarbeit der unterschiedlichen Verwaltungseinheiten im jetzigen Willkommenscenter auch in der neuen Umgebung gewahren.

Verkehrlich, weil wir mit dem Rathausanbau einerseits etwa 20 Parkplätze überbauen, gleichzeitig aber 180 Menschen mehr am Standort arbeiten werden. Deswegen fordern wir in unserem Begleitbeschluss die Verwaltung auf, ein Mobilitätskonzept für alle VerwaltungsmitarbeiterInnen zu erarbeiten, das Mobilität alternative zum Auto ermöglicht – etwa durch Carsharing, Firmentickets, Unterstützung des Radverkehrs durch sichere Unterstellmöglichkeiten, Anreize zum Umstieg auf den ÖPNV etc. Denn das Ziel muss doch sein, die ohnehin stark Stickoxid belastete Solingen Innenstadt zu entlasten und gleichzeitig die Parksituation für den Handel der Nordstadt nicht weiter zu schwächen.

Organisatorisch, weil wir überzeugt sind, dass Arbeitsprozesse auch zukünftig häufig vom Austausch der MitarbeiterInnen untereinander optimiert werden; dass mancher Dienst für die Menschen in unserer Stadt durch die enge Zusammenarbeit einzelner Verwaltungseinheiten erst bürgerfreundlich gestaltet werden kann. Deswegen fordern wir in unserem Begleitbeschluss z.B. die Integration eines Teils der Leistungsabteilung des Jobcenters in den neuen Rathauskomplex.

Wir Grüne werden dem Beschluss zur weiteren, intensiveren Prüfung des Planvorhabens heute mehrheitlich zustimmen. Wir sehen allerdings noch viele entscheidende Fragen nicht beantwortet, die der intensiven Prüfung bedürfen. Von daher werden wir den weiteren Prozess sehr kritisch, aber Ergebnis offen begleiten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.